

Pressemeddelelse

Kiel, 27.10.2021

Mehr praxisintegrierte Ausbildung gegen den Erzieher*innenmangel

Den Kitas in Schleswig-Holstein und Kiel fehlt es an Personal, wodurch die Kinderbetreuung teils stark eingeschränkt wird. Die SSW-Ratsfraktion spricht sich deshalb für den Ausbau innovativer Ausbildungskonzepte aus, wie der praxisintegrierten Ausbildung, um dem Personalnotstand effektiv zu begegnen. Dazu erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Dr. Susanna Swoboda:

„Die Eltern in Kiel kommen nicht zur Ruhe: Nach dem Betreuungschaos in der Lockdown-Zeit fehlen den Kitas jetzt Erzieher*innen an allen Ecken und Enden. Viele haben sich im Zuge der Krise beruflich umorientiert und in anderen Branchen und Betätigungsfeldern offenbar Beschäftigungen zu besseren Bedingungen gefunden. Für die Politik ist das ein eindeutiges Alarmsignal: Die Arbeit der Kita-Erzieher*innen muss wesentlich attraktiver werden, damit wir dem Anspruch einer garantierten Kinderbetreuung in Kitas und Horten überhaupt nachkommen können.

Die Landeshauptstadt muss deshalb dafür sorgen, dass wesentlich mehr Erzieher*innen ausgebildet werden. Da es sich diesem Personalnangel um ein bundesweites Problem handelt, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die nächste Bundesregierung den Ländern Gelder für dessen Lösung zur Verfügung stellt. Diese Mittel müssen wir in Kiel vermehrt in die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) stecken, mit der wir nicht nur aus fachlicher Sicht bisher gute Erfahrungen gemacht haben. Über PiA sorgen wir dafür, dass angehende Erzieher*innen beim praxisnahen Lernen direkt in den Kitas eingesetzt werden und damit den Personalnotstand zeitnah etwas abfedern können. Es wäre daher nur konsequent, wenn die Landeshauptstadt Kiel die Kosten für die nächste PiA-Klasse übernimmt.

Wir wollen eine verlässliche Kinderbetreuung und gute Angebote für frühkindliche Bildung in Kiel. Zumal es dazu mittlerweile auch kaum mehr Alternativen gibt: Eine Rückkehr in längst veraltete Rollenbilder, in denen die

Frau zuhause die Care-Arbeit leistet, während der Mann als Alleinverdiener die Familie ernährt, ist allein aus wirtschaftlichen Gründen nur in wenigen Fällen überhaupt möglich. Darum ist es die Pflicht der öffentlichen Hand, hier für Abhilfe zu sorgen. Wir fordern deshalb, dass wir von Bund und Land zeitnah mit den Möglichkeiten ausgestattet werden, dieser Aufgabe nachzukommen und die Situation an den Kitas endlich wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.“